

Das gilt nachgerade auch für Verlautbarungen unserer Diplomaten. Es wäre deshalb zu begrüssen, wenn der Bundesrat im Sinne dieses Vorstosses angemessen Gegensteuer geben würde.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 10. November 1993
Rapport écrit du Conseil fédéral du 10 novembre 1993

Der Bundesrat teilt die Auffassung, dass ein einseitiges Beklagen der Folgen eines demokratischen Entscheids durch die schweizerischen Vertreter im Ausland unseren Interessen nicht zuträglich wäre. Die an der diesjährigen Botschafterkonferenz geäusserten Ansichten sind nicht als solche Klagen zu verstehen.

1. Die schweizerischen Vertretungen sind verpflichtet, über die Reaktionen und Kommentare ihrer Gastländer und internationalen Organisationen objektiv Bericht zu erstatten. Im Falle der Ablehnung des EWR waren diese Reaktionen seitens unserer europäischen Partner von Bedauern, aber auch Verständnis für den demokratisch gefällten Entscheid geprägt. Das Abwägen der Vor- und Nachteile, die unserem Land aus der Nichtmitgliedschaft in EWR, EG und Uno erwachsen, erfolgt durch Politik und Verwaltung in der Schweiz, wo die Auswirkungen auch spürbar sind.

In bezug auf die Folgen der Ablehnung des EWR hat der Bundesrat u. a. bereits in seiner Antwort auf das Postulat Eymann Christoph vom 18. Juni 1993 (93.3350) erklärt, dass die Lage umfassender und zuverlässiger erst nach Inkraftsetzung des EWR-Abkommens beurteilt werden kann. Dies dürfte auch auf die vom Interpellanten in der Begründung des Vorstosses aufgeführten Beispiele zutreffen, zumal die Motive unternehmerischer Entscheide im einzelnen schlecht eingesehen werden können und nicht auf eine einzige Ursache zurückgeführt werden sollten.

Genf hat sicher eine lange Tradition als Sitz internationaler Organisationen und als Konferenzort. Die aus der finanziellen Lage der Uno entstehenden Zwänge und die aufgrund der weltpolitischen Veränderungen schärfere Konkurrenz haben zur Folge, dass die Stellung Genfs nur um den Preis ständiger diplomatischer und materieller Anstrengungen aufrechterhalten werden kann. Die Uebertragung internationaler Mandate auf die Schweiz – wie das Ende August 1993 von der Internationalen Konferenz zum Schutz der Kriegsoffer in Genf unserem Land erteilte Exklusivmandat zur Bildung einer Gruppe von Regierungsexperten mit dem Auftrag, nach praktischen Mitteln für den Respekt des Rechts und seiner Anwendung zu suchen – zeugt vom grossen Vertrauen, das die Schweiz in der Staatengemeinschaft nach wie vor genießt. Dies wird im Inland nicht immer erkannt. Dieses Vertrauen ist zu einem wesentlichen Teil auf unser politisches und materielles Engagement sowie die fachliche Kompetenz unserer Vertreter in internationalen Gremien zurückzuführen. Unsere Aussenpolitik muss in der Lage sein, dieses Vertrauenskapital stets neu zu festigen und zu mehren.

2. Nach Entgegennahme eines entsprechenden Postulates Caccia vom 18. März 1993 (93.3167) hat der Bundesrat eine unabhängige wissenschaftliche Untersuchung in Auftrag gegeben, welche die wirtschaftlichen Auswirkungen der Ablehnung des EWR darlegen soll.

Die Beurteilung aller positiven und negativen Aspekte der ausserpolitischen Gesamtlage ist die Voraussetzung jedes wichtigen Entscheids in der Aussenpolitik. Sie wird vom Bundesrat vorgenommen, der sich dabei auf sämtliche verfügbaren Erkenntnisse – auch solche von Experten ausserhalb der Verwaltung – abstützt. Diese Beurteilung ist auch Gegenstand des ausserpolitischen Berichts, der demnächst an die Räte überwiesen wird. Deshalb und aufgrund des unter Ziffer 1 dargestellten Sachverhaltes erübrigt sich die Einsetzung eines Expertengremiums im Sinne der Frage des Interpellanten.

3. Es ist eine ständige Aufgabe der schweizerischen Vertretungen, den ausländischen Partnern unsere Nichtmitgliedschaft in EWR, EG und Uno verständlich zu machen. Besondere Sprachregelungen sind dort vonnöten, wo ein spezifischer Erklärungsbedarf besteht. Wie bereits erwähnt, können wir bei

unseren europäischen Partnern auf das Verständnis für demokratisch gefällte Entscheide zählen.

4. Bereits mit der Botschaft vom 24. Februar 1993 über das Folgeprogramm nach der Ablehnung des EWR-Abkommens hat der Bundesrat klargestellt, dass er entschlossen ist, eine Isolation der Schweiz in Europa und in der Welt zu verhindern und sich damit gegen die Abdrängung unseres Landes in ein Aussenseiterdasein entschieden zur Wehr zu setzen. Der seither von den Mitgliedern des Bundesrates gesuchte und gepflegte Dialog mit Vertretern europäischer Staaten auf höchster Ebene – zuletzt am Rande des Europaratgipfels in Wien vom 8./9. Oktober 1993, beim Besuch des deutschen Bundeskanzlers Kohl in der Schweiz am 18. Oktober 1993 und beim Staatsbesuch von Königin Beatrix der Niederlande vom 3. bis 5. November 1993 – ist Ausdruck dieser Entschlossenheit; in zahlreichen öffentlichen Auftritten hat der Bundesrat zudem engagiert gegen Mutlosigkeit und Schwarzmalerei Stellung bezogen. Diese Haltung ist auch für unsere Vertreter im Ausland massgebend.

Präsidentin: Der Interpellant ist von der Antwort des Bundesrates befriedigt und verzichtet auf Diskussion.

93.3454

Interpellation Zisyadis Beziehungen Schweiz-Türkei Relations Suisse-Turquie

Wortlaut der Interpellation vom 4. Oktober 1993

Ein Staat, ja sogar ein Mitglied des Europarates, verstösst gegen unsere Ueberzeugungen und verletzt die demokratischen Werte, die uns so am Herzen liegen: die Türkei.

Der Völkermord, der erste in diesem Jahrhundert, an 1,6 Millionen Armeniern und Griechen darf nicht aus unseren Gedächtnissen verschwinden. Das Militär verstösst noch immer gegen die demokratischen Regeln – man denke nur an die Eroberung Zyperns im Jahre 1974 und an die Teilung der Insel – und zerstört systematisch kulturelles, archäologisches oder religiöses Erbe.

Die Türkei im Jahre 1993 steht auch für politische und kulturelle Unterdrückung eines Teils ihrer Bevölkerung, der Kurden, die ins Exil, namentlich auch in unser Land, gehen müssen. Zudem kommt es nicht selten vor, dass türkische Drogenkreise unser Land für den Drogenhandel und für den Transfer von Drogengeldern benutzen.

Nach der Schiesserei vom 24. Juni 1993, die mit der Erschiessung eines Kurden von der türkischen Botschaft aus endete, konnte der Bundesrat feststellen, welche Methoden die Türkei anwendet.

Es ist nun an der Zeit, sich die Frage zu stellen, ob die Schweiz ihre Unterstützungs- und Investitionspolitik nicht überdenken sollte. Die Augen unter dem Vorwand «unserer guten wirtschaftlichen Beziehungen» zu verschliessen wäre für unsere Institutionen eine gefährliche Politik und käme einer Komplizenschaft gleich.

Kann der Bundesrat folgende Fragen beantworten:

1. Wie hoch sind die Gelder und Finanzsicherheiten, die der Türkei aus der Bundeskasse gewährt werden?
2. Wie hoch sind die Gelder und Sicherheiten aus Fonds, die die Schweizerische Nationalbank führt und überwacht?
3. Wie hoch sind die Gelder und Sicherheiten von Banken oder anderen halbstaatlichen Unternehmungen?
4. Wie hoch sind die Gelder und Sicherheiten von Handelsbanken oder von Privaten?
5. Hat die Türkei in der Schweiz Obligationenanleihen aufgelegt?

6. Welche Märkte und Beträge sind durch die schweizerische Exportrisikogarantie gedeckt, und welche Gratschiffen werden der Türkei gewährt?

7. Wird der Bundesrat angesichts der schweren Menschenrechtsverletzungen und der Arroganz, mit der die türkische Regierung auf seine Bitte um eine gerechtfertigte gerichtliche Untersuchung reagiert hat, die bisher der Türkei gewährten Finanzhilfen, Garantien und Investitionen auf andere Länder übertragen?

Texte de l'interpellation du 4 octobre 1993

Un Etat, pourtant membre du Conseil de l'Europe, heurte nos consciences et porte atteinte aux valeurs démocratiques qui nous sont chères: la Turquie.

Nos mémoires ne sauraient oublier le génocide, le premier de ce siècle, de 1,6 million d'Arméniens et de Grecs.

Avec leur conquête de Chypre en 1974 et la partition de l'île, les militaires commettent encore des exactions antidémocratiques et saccagent systématiquement un patrimoine culturel, archéologique ou religieux.

La Turquie de 1993, c'est aussi la répression politique et culturelle d'une partie de sa propre population: les Kurdes, qui doivent ainsi s'exiler notamment dans notre pays.

Il n'est, de plus, pas rare que le milieu turc de la drogue utilise notre territoire pour son commerce et le transfert de narcodollars.

Après la fusillade et le meurtre commis depuis l'ambassade de Turquie à Berne, le 24 juin 1993, le Conseil fédéral a pu constater les méthodes de la Turquie.

Il est l'heure de s'interroger s'il ne faut pas revoir la politique menée par la Suisse au niveau des soutiens et des investissements économiques. Fermer les yeux sous prétexte «de nos bons rapports économiques» relève d'une politique dangereuse pour nos institutions, d'une attitude de complicité.

Le Conseil fédéral peut-il répondre aux questions suivantes:

1. A combien s'élèvent les sommes et les garanties financières engagées en Turquie provenant des caisses de la Confédération?
2. Celles provenant des fonds gérés et surveillés par la Banque nationale suisse?
3. Celles provenant des banques ou autres établissements semi-étatiques?
4. Celles provenant de banques commerciales ou privées suisses?
5. La Turquie a-t-elle lancé des emprunts obligataires en Suisse?
6. Quels sont les marchés et montants couverts par la garantie fédérale contre les risques à l'exportation, ainsi que la valeur des aides gratuites accordées à la Turquie?
7. Au vu des graves violations des droits de l'homme, au vu de l'arrogance avec laquelle le gouvernement turc a répondu aux demandes faisant suite à une enquête légitime et justifiée, le Conseil fédéral va-t-il transférer vers d'autres pays les aides, garanties et investissements jusqu'ici accordés à la Turquie?

Mitunterzeichner – Cosignataires: Aguet, Béguelin, Carobbio, de Dardel, Fankhauser, Jeanprêtre, Spielmann, Vollmer (8)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

L'auteur renonce au développement et demande une réponse écrite.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 10. November 1993

Rapport écrit du Conseil fédéral du 10 novembre 1993

1. Sur la base de la décision du Conseil fédéral du 19 mars 1991 concernant l'aide aux trois Etats les plus touchés par la crise du Golfe (Egypte, Jordanie, Turquie), la Suisse a participé avec un crédit d'engagement de 100 millions de dollars US à l'action «Groupe de coordination financière pour la crise du golfe», largement soutenue sur le plan international. Dans ce contexte, 40 millions de dollars US ont été attribués à la Jordanie et 30 millions de dollars US chacune à l'Egypte et à la

Turquie. Une part d'environ 15 millions de dollars US du crédit attribué à la Turquie est prévue pour le soutien à un projet de la Banque mondiale dans le domaine de la construction de routes. L'autre moitié du crédit porte sur deux projets dans le domaine agricole réalisés par l'Ifad (International Fund for Agricultural Development), une institution liée à la FAO (Food and Agriculture Organization).

Dans le cadre de la coopération au développement, la Suisse soutient en outre deux projets de développement mis en oeuvre par des organisations d'entraide privées (2,5 millions de francs par année) ainsi qu'un projet de la FAO (1 million de francs par année).

2. Selon l'article 58 de la loi sur la Banque nationale suisse, cette dernière a le devoir de conserver le secret au sujet de ses relations d'affaires avec des tiers. Cela s'applique en l'occurrence dans le cas de la Turquie.

3. et 4. La Banque nationale suisse établit pour son usage des données statistiques bancaires. Les crédits et les engagements des instituts bancaires à l'égard des différents Etats sont également répertoriés dans ce cadre auprès des banques engagées de manière importante dans des transactions avec l'étranger. Les données, disponibles à la fin de chaque année, sont publiées dans la brochure «Les banques suisses en 19...». A la fin de l'année 1992 (dernières données disponibles), les banques qui avaient communiqué leurs statistiques enregistraient au bilan des transactions avec la Turquie des créances de 2354 millions de francs et des engagements de 2184 millions de francs. Les créances fiduciaires s'élevaient à 203 millions de francs et les engagements fiduciaires à 2684 millions de francs. Les informations de la Banque nationale suisse ne permettent pas de distinctions supplémentaires entre les groupes économiques «banques et autres entreprises semi-publiques» et «banques de commerce et privées».

5. La Turquie n'a plus lancé d'emprunts en Suisse depuis le début de 1984 au moins.

6. L'engagement actuel de la garantie contre les risques à l'exportation pour des garanties destinées à des exportateurs suisses en relation avec des exportations en Turquie s'élève à environ 770 millions de francs, ce qui correspond à 7 pour cent du total des engagements de la GRE. Des données sur les différentes affaires conclues ne sont en général pas communiquées, compte tenu de la demande justifiée des exportateurs et acheteurs que le secret de leurs transactions soit préservé. La Suisse n'a accordé aucun prêt préférentiel à la Turquie dans le cadre de ses mesures économiques de coopération au développement.

7. Les prestations en rapport avec la crise du Golfe représentent la contribution suisse aux efforts de la solidarité internationale. Un retrait est exclu par considération pour les partenaires de la Suisse dans cette action.

En ce qui concerne la coopération au développement, le Conseil fédéral s'oppose à l'idée de mettre en danger les projets en cours par un retrait. Un des buts de la coopération suisse au développement en Turquie, et en particulier en Anatolie orientale, est de renforcer les initiatives locales et d'encourager ainsi un développement socioéconomique plus équilibré et plus juste des régions les plus pauvres.

La pauvreté et un futur incertain sont les véhicules d'une plus forte émigration. Une interruption de l'aide suisse irait à l'encontre des intérêts de la population d'Anatolie orientale, ne ferait qu'accélérer l'émigration, et serait un faux signal politique qui découragerait les forces qui se sont engagées pour un règlement pacifique du conflit kurde, ainsi que pour un développement équilibré.

Pour des raisons légales, il n'est pas possible au Conseil fédéral de s'ingérer dans les affaires bancaires avec la Turquie.

Enfin, la garantie contre les risques à l'exportation soutient les exportateurs suisses. Le retrait ou la réduction de cette mesure frapperait donc avant tout les intérêts suisses. Le Conseil fédéral n'a pas l'intention d'imposer à cette garantie des conditions qui dépassent les considérations normales de la politique des risques.

Präsidentin: Der Interpellant ist von der Antwort des Bundesrates nicht befriedigt und verlangt Diskussion.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag auf Diskussion
Dagegen

50 Stimmen
26 Stimmen

Verschoben – Renvoyé

93.3364

Interpellation Stamm Luzi**Inseratenkampagne
der Aids-Hilfe Schweiz****Aide suisse contre le sida.****Campagne publicitaire dans la presse****Wortlaut der Interpellation vom 18. Juni 1993**

Ich erlaube mir, bezüglich der laufenden Aids-Inseratenaktion dem Bundesrat folgende Fragen zu stellen.

1. Wer innerhalb der staatlichen Verwaltung ist verantwortlich für diese Inserate oder deren Unterstützung?
2. Was sind die Kosten dieser Inseratenaktion, und was für staatliche Mittel erhält die Aids-Hilfe Schweiz?
3. Gehen die für diese Inserate Verantwortlichen auch davon aus, dass ein Aids-Infizierter sein Verhalten gegenüber seinen Sexualpartnern ändert, wenn er das positive Resultat des Aids-Tests kennt?
4. Falls ja (Frage 3): Sind die für diese Inserate Verantwortlichen tatsächlich der Meinung, dass allfällige psychische Probleme des Betroffenen höher einzuschätzen sind als die Interessen der Sexualpartner, nicht angesteckt zu werden?
5. Identifiziert sich der Bundesrat mit dieser Inseratenkampagne?
6. Ist der Bundesrat nicht der Meinung, dass es verantwortungslos ist, von einem Aids-Test abzuraten, wenn mit einem solchen vermieden werden könnte, dass weitere Ansteckungen und die Zeugung von aidskranken Kindern resultieren?

Texte de l'interpellation du 18 juin 1993

Je me permets de poser les questions suivantes au Conseil fédéral à propos de la campagne publicitaire lancée dans la presse par l'Aide suisse contre le sida.

1. Qui, au sein de l'administration publique, est responsable de cette campagne ou du soutien qui lui est apporté?
2. Quel est le coût de cette campagne et quels fonds publics reçoit l'Aide suisse contre le sida?
3. Les responsables de cette campagne partent-ils aussi du principe qu'une personne infectée du sida modifie son comportement à l'égard de ses partenaires sexuels après avoir été déclarée séropositive?
4. Si la réponse à la question 3 est affirmative, les responsables de la campagne sont-ils réellement d'avis que les problèmes éventuels du séropositif sont plus importants que l'intérêt des partenaires de ne pas être contaminés?
5. Le Conseil fédéral adhère-t-il à cette campagne?
6. N'est-il pas d'avis qu'il est irresponsable de déconseiller le test du sida, alors que ce test permettrait d'éviter d'autres infections et la procréation d'enfants atteints du sida?

Mitunterzeichner – Cosignataires: Keine – Aucun

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

1. In den Tageszeitungen sind in letzter Zeit doppelseitige Inserate erschienen, welche der Aids-Prävention dienen sollen. In riesigen Lettern wird die Frage «Ist ein Aids-Test für mich sinnvoll oder nicht?» aufgeworfen. Die Inserate sind folgendermassen signiert: «Eine Präventionskampagne der Aids-Hilfe Schweiz, in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Gesundheitswesen.»

2. In den Inseraten sind die Fälle aufgelistet, in welchen ein Aids-Test nicht sinnvoll sein soll. Auf einen Test sei u. a. zu verzichten, «wenn Sie im Falle eines positiven Testresultats nicht fest mit der Solidarität Ihres Partners bzw. Ihrer Partnerin, Ihrer Familie und Ihrer Umgebung rechnen können».

3. Nach einem positiven Aids-Test wird sich der Betroffene insbesondere bewusst sein, dass er in Zukunft beim Geschlechtsverkehr seine Partner anstecken kann und dass ein von ihm gezeugtes Kind mit einiger Wahrscheinlichkeit ebenfalls Aids-positiv sein wird. Zweck des Aids-Tests muss es sein, dies zu verhindern. Ich gehe davon aus, dass die überwiegende Mehrheit der Menschen nach einem positiven Test ihr Verhalten verändern wird, um zu vermeiden, ausgerechnet diejenigen Menschen ins Unglück zu stürzen, die man liebt.

4. Nun wird in dieser Werbekampagne empfohlen, bei mangelnder Solidarität auf einen Test zu verzichten. Dazu ist vorerst zu unterstreichen, dass der Betroffene natürlich nicht verpflichtet ist, das Resultat bekanntzugeben.

5. Was soll «fest mit der Solidarität des Partners, der Familie und der Umgebung rechnen» heissen?

– Es ist sehr wahrscheinlich, dass die weitere Umgebung negativ reagieren wird, wenn sie vom Resultat Kenntnis erhält. In vielen Kreisen bestehen grosse Ängste vor Aids-positiven Menschen, weil zuwenig bekannt ist, wie Aids übertragen werden kann.

– Auch Sexualpartner werden wahrscheinlich sehr heftig reagieren. Für sie wird je nach Situation eine Welt zusammenbrechen. Dazu kommt die Angst, selbst angesteckt worden zu sein. Ein Teil dieser Partner wird den sexuellen Kontakt als Folge verweigern. Ist mit «Solidarität» gemeint, dass der Partner den Geschlechtsverkehr nicht verweigern darf?

– Inwieweit es notwendig ist, die «weitere Familie» zu informieren, bleibe dahingestellt. Auch hier wird jedenfalls die «Solidarität» sicher nicht darin bestehen, dass die Familie mit der Haltung «das kann passieren, das macht nichts» reagiert.

6. Selbstverständlich ist, dass der Betroffene nach einem positiven Aids-Test psychisch ausserordentlich stark belastet ist, selbst wenn er das Resultat niemandem mitteilt. Ebenso selbstverständlich ist, dass von seiner Umgebung her starke, oft sehr negative Reaktionen erfolgen, wenn das Resultat bekannt wird. Wie gesagt, ist zu hoffen, dass der Betroffene von sich aus sein Verhalten ändert. Falls der Sexualpartner das Resultat erfährt, muss es dessen Recht sein, Konsequenzen zu ziehen.

Es ist eine unbegreifliche Verantwortungslosigkeit, die Wahrheit aus Angst vor solchen Reaktionen nicht wissen zu wollen.

7. Hat jemand Grund zur Annahme, er könnte sich mit Aids angesteckt haben, wird er von der laufenden Werbekampagne animiert, auf eine Kontrolle zu verzichten. Damit ist nicht einmal dem Betroffenen gedient. Bei Aidskranken hat sich immer wieder gezeigt, dass sie psychisch kaum mit der Tatsache fertig werden, ihre Partner und Kinder angesteckt zu haben.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates

vom 10. November 1993

**Rapport écrit du Conseil fédéral
du 10 novembre 1993**

Die Stop-Aids-Kampagne ist eine Präventionskampagne der Aids-Hilfe Schweiz in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Gesundheitswesen (BAG), das für das Projekt verantwortlich ist.

Die Kosten für die landesweite Publikation in der nationalen Presse betragen – die Produktionskosten eingeschlossen – 205 051 Franken. Die Aids-Hilfe Schweiz erfüllt im Zusammenhang mit der Stop-Aids-Kampagne verschiedene Buchhaltungs- und Controllingaufgaben, kann jedoch nicht frei über das Budget der Kampagne verfügen, da jedes einzelne Projekt von den Verantwortlichen beim BAG geprüft und bewilligt werden muss. Die Aids-Hilfe Schweiz wird also nicht mit dem Budget dieser Kampagne finanziert.

Das BAG und die Aids-Hilfe Schweiz haben sich in die Aufgaben geteilt. Im Rahmen dieser Aufgabenteilung leistet das BAG dieser Organisation finanzielle Unterstützung für an bestimmte Zielgruppen gerichtete Projekte und die Entscheidung der damit beauftragten Personen. Das Projekt beteiligt sich an der Ausarbeitung solcher Projekte wie z. B. spitalex-

Interpellation Zisyadis Beziehungen Schweiz-Türkei

Interpellation Zisyadis Relations Suisse-Turquie

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1993
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	15
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	93.3454
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	17.12.1993 - 08:00
Date	
Data	
Seite	2566-2568
Page	
Pagina	
Ref. No	20 023 561

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.